



Nach 25 Jahren noch keine Renteneinheit

Auf LINKE-Antrag Landtagsdebatte zur „Benachteiligung ostdeutscher RentnerInnen“

Was sich bereits angedeutet hatte, wird offenbar so werden: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die Angleichung der Renten in Ostdeutschland weiter aussitzen. Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder hat das in Interviews angekündigt. Karola Stange, die sozialpolitische Sprecherin der Linksfraction im Thüringer Landtag, wirft der Union Wortbruch vor.

„Es bringt mich in Rage, dass die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger wieder nur Manövriermasse der Bundespolitik sind. Jetzt lässt Herr Kauder die Katze aus dem Sack: CDU und CSU werden das Thema Ostrenten in dieser Wahlperiode nicht anfassen – anders als sie es in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt haben. Das ist Wortbruch“, erklärte Karola Stange.

Die von Kauder als Grund angeführten Erkenntnisse, dass man den Höherwertungs faktor nicht einfach auslaufen lassen könne, um somit einer Verschlechterung der Rentenhöhe entgegenzuwirken, seien aber nicht neu, sondern seit Jahrzehnten bekannt.

„Wer ernsthaft vorhat, ein einheitliches Rentenrecht zu gestalten, der muss endlich kreativ sein und ein steuerfinanziertes Zuschlagsmodell für alle ostdeutschen Renten auf den Weg bringen“, forderte die Abgeordnete. Die Politik müsse zudem einen Mindestlohn von zehn Euro auf den Weg bringen, um der Altersarmut entgegenzuwirken. „Wir benötigen die so ge-

nannte Höherwertung der ostdeutschen Löhne und Gehälter, solange es noch die starke Lohndifferenzierung zwischen Ost und West gibt.“

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE hatte sich auch der Thüringer Landtag in einer Aktuellen Stunde am 27. Januar mit dem Thema der Benachteiligung ostdeutscher Rentner befasst. Karola Stange hatte in der Debatte an die Wahlversprechen vor 20 Jahren erinnert, wie „Deutschland wächst zusammen – die Rente mit“, oder an die berechtigten Forderungen von Gewerkschaften und Sozialorganisationen nach einer Rente, die den Lebensstandard im Alter sichern muss.

Mit Zuschlagsmodell Rentenwert Ost bis 2017 anpassen

„Ein Leben frei von Armut und Diskriminierung sollte gewährleistet sein nach erfolgreichem Abschluss des Berufslebens. Aber in der Realität sind gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland, gleiche gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen in unserem Land nach mehr als 25 Jahren deutscher Einheit auch in Bezug auf die Renteneinheit nicht gewährleistet. Noch immer gibt es eine große trennende Kluft“, betonte die Abgeordnete und verwies auf den Einigungsvertrag, in dem Bestandsschutz und Gleichbehandlung zugesagt waren.

Dabei rede sie nicht nur von der Angleichung der Rentenentgeltpunkte Ost an West, „sondern auch davon,

dass viele Gruppen noch auf ihre Angleichung warten“. Sie nenne hier nur die in der DDR geschiedenen Frauen oder bestimmte Berufsgruppen, wie zum Beispiel die Beschäftigten im DDR-Gesundheitswesen oder die Balletttänzerinnen. „Auch die Bezieher von Invalidenrenten warten bis heute auf die Anrechnung ihrer Leistungen, die sie zu DDR-Zeiten erworben haben und wo auch eingezahlt wurde. Wir als LINKE sagen: 25 Jahre nach der deutschen Einheit muss unverzüglich auch die Einheit im Rentenrecht hergestellt werden“, sagte Karola Stange in der Landtagsdebatte.

Das Thema dürfe nicht länger politische Manövriermasse der sogenannten großen Volksparteien kurz vor den Bundestagswahlen bleiben. Kanzlerin Angela Merkel habe auf dem 9. Senatstag im Juni 2009 in Leipzig versprochen: „Wir führen in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein.“

Es sei Unrecht, wenn für die gleiche Tätigkeit ein Mensch in Erfurt gegenüber einem Menschen in Hamburg unter dem Strich circa 97 Euro weniger Rente im Monat nach 45 Arbeitsjahren hat, nur weil er in den neuen Bundesländern geboren ist, gearbeitet und gelebt hat. Die LINKE will mit einem steuerfinanzierten Zuschlagsmodell den aktuellen Rentenwert Ost bis 2017 an den aktuellen Rentenwert West angleichen, sagte die sozialpolitische Sprecherin der Linksfraction in der Landtagsdebatte ■

KOMMENTIERT:

von Christian Schaft

Wenig exzellent

Das kürzlich veröffentlichte Gutachten der Expertenkommission zur Exzellenzinitiative zeigt vor allem, dass die Zielsetzung der Förderung bundesweiter Spitzenforschung weitgehend nicht erreicht wurde und eine nachhaltige Grundfinanzierung des Wissenschaftssystems notwendig ist.

Wenn Bundesforschungsministerin Johanna Wanka (CDU) meint, die Exzellenzinitiative hätte die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen gestärkt, deutet sie das Gutachten falsch. Mehrfach weisen die Autoren daraufhin, dass es substanziellen Nachholbedarf gibt oder die Daten keine signifikant bessere Leistungsfähigkeit erkennen lassen. Zudem habe die gewünschte Differenzierung in der Wissenschaftslandschaft nicht stattgefunden.

Die Kommission sieht eine Nachhaltigkeit der angestoßenen Forschungsprojekte und Exzellenzcluster nicht gegeben. Vielmehr würden die Hochschulen die Mittel als Ergänzungsförderung für fehlende Grundmittel im Forschungs bereich betrachten. Ebenso sei es durch die gesonderte Förderung für die Lehre und den wissenschaftlichen Nachwuchs zu keinen wesentlichen Verbesserungen gekommen.

Es bleibt daher unverstanden, warum eine Fortführung der Exzellenzinitiative in Betracht gezogen wird, ohne grundlegende Änderungen zugunsten einer breit angelegten Forschungsförderung und nachhaltigen Grundfinanzierung zu diskutieren. Die Änderungsvorschläge zur zweiten Förderperiode beheben die wesentlichen Probleme kaum und führen weiter zu einer stark einseitigen und zentralisierten Förderung weniger Wissenschaftsstandorte, ohne vor allem nachhaltigen Mehrwert. Wenn die Exzellenzinitiative mit einer zweiten Programmlinie unter neuen Prämissen, wie von der Kommission vorgeschlagen, fortgeführt werden soll, dann muss diese zumindest auf gesetzlich sichere Füße, beispielsweise mit einer Bund-Länder-Vereinbarung, gestellt werden.

Rechtswissenschaftler aus Bonn und Frankfurt hatten erst vor kurzem gefordert, vor einer Fortsetzung des Programmes die Schaffung gesetzlicher Grundlagen oder einer Bund-Länder-Vereinbarung zu prüfen, da mit der Konstruktion der derzeitigen Verwaltungsvereinbarung Gefahren für die grundgesetzlich verankerte Wissenschaftsfreiheit verbunden seien. ■

AKTUELL

Hartz-IV-Sanktionsregime soll ausgebaut werden

Zum im Bundeskabinett verabschiedeten 9. SGB-II-Änderungsgesetz erklärte MdL Ina Leukefeld: „Eigentlich sollten die Änderungen zur Entbürokratisierung und Rechtsvereinfachungen bei Hartz IV führen, aber das ist nicht der Fall. Offenbar geht es eher um eine Rechtsverschärfung. Sanktionen aber sind grundrechtswidrig, weil sie das ohnehin zu gering bemessene Existenzminimum kürzen, sogar bis auf null.“

Die Bundesländer hatten sich aufgrund des andauernden parlamentarischen Drucks der LINKEN und der außerparlamentarischen, sozialen Bewegung geeinigt, zumindest die verschärften Sanktionsregeln für unter 25-Jährige abzuschaffen, ebenso die Kürzungen der Übernahme der Kosten der Unterkunft und Heizung

im Sanktionsfall.“ So habe auch Thüringen – wie alle anderen Bundesländer außer Bayern – den Sanktionsverschärfungen zugestimmt. Das sei aber nun nicht mehr Inhalt der Veränderung, vielmehr werde ein zweites, paralleles Sanktionsregime bei Hartz IV ausgebaut: Die Regelung zu Ersatzansprüchen der Jobcenter, die durch die unterstellte Herbeiführung eines Leistungsanspruchs auf Hartz IV durch so genanntes sozialwidriges Verhalten entstehen, werde ausgeweitet. Als Herbeiführung sollen künftig auch das Aufrechterhalten, die Erhöhung und Nichtverringerung der Hilfebedürftigkeit gelten. Es sollen nicht nur Geldleistungen, sondern auch bisher gewährte Sachleistungen und die Sozialversicherungsbeiträge zurückgefordert werden können.

Die Arbeitspolitikerin der Linksfraction erklärte weiter: „Seit Jahren wird die andauernde Diskussion um Veränderungen bei Hartz IV ohne die Betroffenen geführt. Deshalb will das Thüringer Erwerbslosenparlament am 10. März im Thüringer Landtag die Gelegenheit nutzen, auch darüber zu sprechen. Die Fraktion DIE LINKE unterstützt seit vielen Jahren das Erwerbslosenparlament und wird zu der Tagung Inge Hannemann, die legendär gewordene Streiterin für die Abschaffung der Sanktionen und für eine Veränderung im Umgang mit den Betroffenen, einladen. Sie war als Mitarbeiterin des Jobcenter Altona suspendiert worden und sitzt seit 2015 mit einem Mandat der Partei DIE LINKE in der Hamburger Bürgerschaft.“ ■